

# Kemberger Zeitung

vormal's General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,75 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsförderung Streich also ersicht jeder Anspuch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5er-Paltens Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfa., die 3er-Paltens Zeitzeile 40 Pfa., Ausnahmgebühren 50 Pfa. „Frei Raum“ von den Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Diebstahl- und Unfallschaden- oder sonstiger Fernsprecher angegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühren: 10 Pfa. Das Laubend, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 78

Dienstag, den 5. Juli 1932

34. Jahrg

Der Invalide Wilhelm Werner in Kemberg beabsichtigt, außerhalb der im Zusammenhange gebauten Stadt Kemberg, und zwar in der Gemarkung Buchdorf an dem Wege, der von dem von Kemberg nach Düben führenden Wege abweicht und nach Kotta führt, auf dem Grundstück Kartenblatt 2, Parzelle Nr. 50, ein Wohnhaus zu errichten und hat die nach § 13 des Gesetzes vom 25. August 1876 (10. August 1904) erforderliche

## Anfiedlungsgenehmigung

beantragt.  
Dieien Antrag bringen wir mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß hiergegen von den Eigentümern, Nutzungsb., Gebrauchsberechtigten und Nachbarn der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlussfrist von 21 Tagen beim Kreisaußschuß in Wittenberg Einspruch erhoben werden kann. Der Einspruch ist durch Tatsachen zu begründen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Anfiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.  
Kemberg, den 2. Juli 1932.

Der Magistrat.

## Macdonalds Vermittlung

Eine Aussprache mit der deutschen Delegation.

Zwischen dem Reichskanzler von Japan, dem Reichsfinanzminister und Staatssekretär von Bülow einerseits, den englischen Ministern andererseits fand am frühen Macdonalds eine längere Unterredung statt, die in freimütiger Aussprache den Stand der gegenwärtigen Besprechungen betraf.

In englischen Kreisen soll die Erkenntnis im Wachsen sein, daß die von Frankreich gewünschte gemeinsame Regierung der interalliierten Schulden und der deutschen Tributzahlung wenig zweckmäßig sei, da hierdurch die amerikanische Regierung gezwungen sein würde, den Zusammenhang zwischen den Tributen und den interalliierten Kriegsschulden anzuerkennen. Jedoch hat die amerikanische Regierung bestänzlich bisher einen jeden dahingehenden Zusammenhang auf das schärfste abgelehnt.

Von zentraler deutscher Seite wird erneut ausdrücklich betont, daß keinerlei Angebote von Deutschland an die Gläubigermächte ergangen seien, und daß nur auf der Grundlage einer vollständigen und sofortigen Streichung aller deutschen Tributlasten eine Weiterführung der Verhandlungen möglich sei.

## Zehn vier Milliarden

Die Verhandlungen über den gemeinsamen Plan der Gläubigermächte, die mit einer Mittagsunterbrechung den jungen Tag ohne Teilnahme Deutschlands ansetzen, bewegten sich jetzt in der Richtung,

daß der Reichsregierung der Vorschlag einer Abschlußzahlung in einer Höhe von vier Milliarden bei einem Tilgungsbeginn nach fünf Jahren gemacht werden soll.

Ueber die Höhe und die Bedingungen dieser Abschlußzahlung werden die Besprechungen zwischen den Gläubigermächten auch fortgeführt. Eine endgültige Liebererkenntnis ist jedoch zwischen den Gläubigermächten noch nicht zustande gekommen, da die außerordentlich schwierige Frage der Einziehung Amerikas in eine endgültige Regelung bisher noch auf große Schwierigkeiten stößt. Auf diesem Gebiet sind von englischer Seite mehrere Vermittlungsversuche den französischen Ministern gemacht worden, deren endgültige Formulierung bisher noch immer nicht vorgenommen werden konnte.

Die grundsätzliche Frage bleibt vorläufig noch weiter bestehen, ob eine Regelung der Tributfrage innerhalb der europäischen Mächte vorgenommen werden soll, oder ob nach den französischen Wünschen jede Lösung der Tributfrage an die Regelung der interalliierten Schuldenfrage gebunden bleibt. Um diese Kernfrage dreht sich jetzt die gesamten Verhandlungen.

## Abrüstungsaussprache vorläufig eingestellt

Genf, 2. Juli.

Die Abrüstungsbesprechungen zwischen den Abordnungen der großen und kleinen Mächte, die in den letzten Tagen in beständlichem Umfang wieder aufgenommen worden waren, sind jetzt gänzlich eingestellt worden, da sie, wie von gutunterrichteter Seite verlautet, namentlich zwischen Amerika, England, Frankreich und Japan zu keiner Einigung geführt haben.

## Klarheit oder Kompromiß?

Das gefährliche Angebot. — Die gefährlichere Forderung.

Genf, 3. Juli.

Daß eine Forderung auf Abschlußzahlung, wie sie jetzt von dem „Büro“ der Reparationskonferenz aufgestellt worden ist, auf dieser Konferenz in Kaufman überhaupt gestellt

werden würde, das hätte man allerdings zu Beginn der Konferenz nicht erwartet. Wohl wußte man, daß eine Einigung, daß eine endgültigen Streichung aller Reparationen große Schwierigkeiten entgegenstünden, aber man war sich klar, daß Deutschland nicht mehr zahlen könne, und in diesem Bewußtsein ging man zu dieser Konferenz. Und nun wurde verhandelt. Es wurden freundliche Gespräche geführt. Es sollte eine freundliche Stimmung geschaffen werden. Jeder wollte mit einem Erfolg nach Hause kommen. Aber der Erfolg zeigte sich nicht. Die Gegenseite verlangte ein deutsches Engagementsommen. Man sprach von einer kleinen Restzahlung, und so ließ sich die deutsche Delegation verleiten, ein Angebot zu machen, das voller Gefahren war. Reparationen wollte man nicht mehr zahlen, aber man erklärte sich bereit, einen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu zahlen, falls die Discriminationen des Versailles Vertrages in Wegfall kämen. Authentisch interpretiert wurden diese Discriminationen mit dem Hinweis auf die Kriegsschuldfrage und auf die Frage der Wehrhoheit.

Aber wir anerkennen keine Kriegsschuld, und wir haben den Kampf gegen die Kriegsschuld geführt, aber dieser Kampf kann nicht für uns zu einem guten Ende durch eine Schlusszahlung geführt werden. Dieser Kampf ist ein moralischer Kampf und hat mit finanziellen Leistungen nicht das geringste zu tun. Wir würden nicht eine Mark für die Beilegung der Kriegsschuldfrage opfern, denn wir können doch die Kriegsschuldfrage unserer künftigen Gegnern nicht abkaufen. Und die Frage der Wehrhoheit gehört ebenfalls auf in anderes Gebiet, nämlich auf das Gebiet der Gleichberechtigung, für die auf der Genfer Abrüstungskonferenz getämpft wird.

Die Gefährlichkeit des Angebots aber lag darin, daß man aus der bedingten Bereitwilligkeit Deutschlands, eine Schlusszahlung für den Wiederaufbau Europas zu leisten, Frankreich eine bedingte Zahlungsfähigkeit Deutschlands konstatierte und auf diesem Boden neue Forderungen erhob.

In dieser Situation traten auch die Engländer auf die französische Seite, denn auch sie wollten ja in eigenem Interesse schließlich mit einem Erfolg von der Konferenz heimkehren.

Das ist die Entwicklung der Dinge, die nicht vorzusehen werden darf, wenn jetzt über Klausen, Jiffren und Formeln gesprochen wird, wenn jetzt der Plan einer Schlusszahlung in Höhe von vier bis sieben Milliarden Mark erörtert werden soll. Hier ist es aufs ganz gegangen. Er hat keine Situation geschäft abgemacht. Die deutsche Delegation steht jetzt vor der schicksalsschweren Frage, ob sie den Forderungen nachgeben wird, oder ob sie sich zu einem Nein entschließt. Dann ist die Konferenz geschleiert, und dann wäre es besser gewesen, diese Konferenz hätte überhaupt nicht stattgefunden.

## Der neueste Tributplan

Nach der Rückkehr Herrlots aus Paris fand eine gemeinsame Sitzung der deutschen Regierung, an der außer Herrlot und Macdonald auch Grandt, ferner der englische und französische Finanzminister, der englische Handelsminister Runciman und der frühere Finanzminister Bonnet teilnahmen. Die Besprechungen wurden später in eine geheime Sitzung des „Büros“ immer noch ohne die Teilnahme der Vertreter Deutschlands umgewandelt. Ueber den Gläubigerplan werden nach englischen Mitteilungen folgende Einzelheiten bekannt:

Das sofort eintretende Moratorium für Deutschland wird auf drei Jahre festgesetzt. Nach dem Ablauf dieser drei Jahre soll der Verwaltungsrat der Welt der B3 den Zeitraum festsetzen, innerhalb dessen die Unterbindung der von der deutschen Regierung zu gebenden Reichsbahnobligationen endgültig erfolgen soll.

Von englischer Seite ist verstanden, die Klauseln, die den Zusammenhang zwischen den interalliierten Schulden und den deutschen Tributzahlungen betreffen,

so elastisch und so wie möglich zu gestalten, um der deutschen Regierung die Annahme dieses Gesamtvorschlages zu ermöglichen.

Auf englischer Seite behauptet man, sich auf bestimmte diplomatische Zusicherungen von amerikanischer Seite zu stützen, nach denen eine allgemeine Regelung der Tributfrage in Kaufman die amerikanische Regierung zu einem weitgehenden Entgegenkommen in der interalliierten Schuldenfrage führen und damit eine Gesamterreglung aller politischen Schuldenprobleme ermöglichen würde.

Auf englischer Seite besteht auch die Absicht, den deutschen Forderungen auf Streichung des Tributes bei handelnden Teiles des Versailles Vertrages in der Weise entgegenzutreten, daß in das Schlußprotokoll der Konferenz eine Erklärung aufgenommen wird, daß entsprechend dem Wunsch des Präsidenten der Konferenz, Macdonald, politische Fragen auf der gegenwärtigen Konferenz nicht mehr entschieden werden könnten und daher die Mächte sich in diesen Fragen ihre Handlungsfreiheit vorbehielten. Auf dieser Weise glaubt man auf englischer Seite die Aufrollung dieser Fragen für Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

Der Verwaltungsrat der Gläubigermächte soll, sobald eine voll-

ständige Einigung erzielt ist, der deutschen Abordnung offiziell vorgelegt werden. Eine offizielle Sitzung des Büros der Konferenz mit Teilnahme der Vertreter Deutschlands soll erst stattfinden, sobald sich die deutsche Abordnung zu der Abgabe einer Erklärung über deren Standpunkt zu dem Vorschlag bereit erklärt.

## Eine Riesenfinanztransaktion

England konvertiert seine Kriegsanleihe.  
Der Schatzkanzler Neville Chamberlain gab im Unterhause den großen Konvertierungsplan für die fünfprozentige englische Kriegsanleihe bekannt, von der annähernd zwei Milliarden Pfund Sterling (etwa 30 Milliarden Mark) ausbleiben. Chamberlain erklärte, die Regierung werde die Anleihe am 1. Dezember 1932 jedem zurückzahlen, der sich von heute in drei Monaten einschleife, den Antrag auf Zurückzahlung zu stellen. Alle Anträge müßten bis zum 30. September gestellt sein.

Die Besitzer der Anleihe würden jedoch zu gleicher Zeit aufgefordert, die Anleihe zu anderen Bedingungen neu zu zeichnen, und die Regierung hoffe, daß die große Masse der Anleihebesitzer sich der Aufforderung, die Anleihe weiter zu zeichnen, folgen werde. Das Schatzamt werde in Liebererkenntnis mit den Änderungen des Profits den fälligen Teil der Anleihe am 1. Dezember 1932 zurückzahlen. Die wichtigsten Veränderungen sind folgende: Die Zinsen werden vom 1. Dezember 1932 ab 3% v. J. betragen; weiter wird die Regierung die Anleihe jederzeit nach dem 1. Dezember 1932 zurückzahlbar machen, und ferner wird der Name in „3%-prozentige Kriegsanleihe“ umgewandelt. Die Zinsen werden nach wie vor ohne Einkommensteuerabzug gezahlt werden. Es ist das die größte Finanztransaktion, die bisher je in der Welt vorgenommen worden ist.

## Reichsgericht gegen Severing

Die vier Straftaten billigt „Vorwärts“-Verbot.  
An der Angelegenheit des vom Reichsinnenminister Freiherren von Gayl geforderten Verbots des „Vorwärts“ hat der vier Straftaten des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Binger folgenden Beschluß gefaßt:

Das Verbot wird für zulässig erklärt. Der Senat ist der Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel geeignet sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung verächtlich zu machen, indem aber auch lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält, zumal in der jetzigen Zeit, einen wirksamen Schutz dieser Interessen für unbedingt erforderlich.

Ueber die Frage eines Verbots der „Königlichen Volkszeitung“ ist noch nicht verhandelt worden.

## Wörterbundesversammlung

Aufforderung der Türkei zum Eintritt in den Wölbund.  
Nach einer geheime Sitzung des Vier Ausschusses trat die außerordentliche Wölbundversammlung zur Schlichtung des japanisch-chinesischen Streites unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Hymans zu einer Sitzung zusammen. Deutschland ist durch den Grafen von Weizsäcker vertreten. Die Versammlung beschloß noch, die türkische Regierung zum Eintritt in den Wölbund aufzufordern.

## Parlamentsarbeiten

Zahlreiche Ausschüsse tagen in dieser Woche.

Berlin, 3. Juli.

In dieser Woche sehen in Preußen die parlamentarischen Arbeiten wieder in verstärktem Umfang ein.

## Der Hauptauschuß

hat einen umfangreichen Beratungsstoff zu bewältigen. U. a. liegen ihm Anträge vor auf Umwidmung der beim Aufzug der Stagerat-Wände die Aufsicht führenden Polizeibeamten, über das Verleihen akademischen Abends durch die Polizei, auf die Durchführung der Reichsanordnungen in Preußen, über den Ausgleich des preußischen Hausbaus durch Maßnahmen, die die letzte Notverordnung entbehrlich machen, sowie über zahlreiche andere Anträge zum Steuer- und Polizeiwesen.

Der Auschuß für die Landwirtschaft wird Anträge auf Aufstellung eines Ernte-Finanzierungsprogramms und vieler anderer Maßnahmen zugunsten einzelner Zweige der Landwirtschaft beraten.

Am Auschuß für Beamtenfragen ist eine Aussprache über den nationalsozialistischen Antrag zur Frage der Zugehörigkeit von Beamten zu politischen Parteien zu erwarten.

Der Handelsauschuß beschäftigt sich am gleichen Tage mit Bergwerbsanträgen und trifft damit die Vorbereitungen für die Tagesordnung der Vollziehung des Landtags, die am Mittwoch um 13 Uhr beginnt. In dieser Sitzung liegen zahlreiche Anträge über Reichsanordnungen, Arbeiterentlohnungen und Betriebsstilllegungen in den verschiedenen preußischen Bergwerbsgebiet-



ten zur Erörterung. Der Landtag wird dann auch noch an den letzten drei Tagen der Woche Sitzungen abhalten.

### Im Preussischen Staatsrat

Sind zur Zeit die Vorarbeiten für einen Anleiheentwurf im Gange. Der am Dienstagabend zusammengetretene Verwaltungsausschuss hat den Entwurf bis zur Vollziehung des Staatsrats am Donnerstag fertiggestellt zu haben, so daß die Vorlage, wie beabsichtigt, auch den Landtag noch in seiner kommenden Tagung beschäftigen kann.

### Im Reichstag

Ist in der nächsten Woche mit dem Zusammentritt des Überwachungsausschusses zu rechnen. Dem kommunizistischen Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses wird wahrscheinlich zur Zeit noch nicht stattgegeben, da erst bei Ausgang der schwebenden außenpolitischen Verhandlungen abgeurteilt werden muß.

## Kein Grund zur Beunruhigung

Offiziellmaßnahmen im Reichshaushalt 1932.

Berlin, 3. Juli.

Von zukünftiger Stelle wird mitgeteilt: In dem durch Beratung der Reichspräsidenten veröffentlichten Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1932 sind für gewisse Offiziellmaßnahmen gegenüber den Bestimmungen des Disziplinargesetzes geringere Beträge eingelegt worden.

Nach der bereits im Reichsrat von Reichsminister Freytag von Geyl abgegebenen Erklärung sollen jedoch die jetzigen Ausfälle durch Nachbewilligungen sobald als möglich ausgeglichen werden.

Unter diesen Maßnahmen haben die Frachterstattung und die steuerliche Befreiung wegen ihrer guten kommenden Wirkung bei der Bevölkerung von Anfang an eine besonders günstige Aufnahme gefunden. Diese Maßnahmen werden praktisch durch die Kürzungen im Staatshaushalt berührt. Bei der Stellenentlastung werden die bereitgestellten 27 Millionen RM durch Heranziehung von Mitteln aus anderen Teilen auf den vollen Betrag des Vorjahres von 30 Millionen RM aufgeführt. Bei der Frachterstattung reichen die bereitgestellten und aus einer Reserve auf rund 9 1/2 Millionen RM gebrachten Mittel angesichts des bedauerlichen Verkehrsrückganges hin, die von den Wirtschaftsverrichtungen vorgebrachten Wünsche zur Frachterstattung in der Höhe der tatsächlichen Aufwendungen des Vorjahres zu decken.

Fürsther wird die Kürzung des Haushalts nur bei dem für sonstige Maßnahmen ausgeworfenen Betrag. Abgesehen von der Ergänzung dieser Maßnahmen durch die allgemeinen Arbeitsbeschaffungsprogramme und dem zu erwartenden schnelleren Wirtstammerden der landwirtschaftlichen und gewerblichen Umfindung, werden dem Offnen die im Finanzjahresprogramm für wirtschaftliche, soziale und andere Zwecke vorgesehenen insgesamt 100 Millionen RM voll erhalten bleiben.

Nur die Verteilung der Ausgaben auf die verschiedenen Haushaltsjahre müßte sich die Reichsregierung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel vorbehalten. Hiernach ist für den Offnen kein Anlaß zur Beunruhigung gegeben, da die im Disziplinargesetz gegebenen Zusätze aufrechterhalten werden.

## Zollregelung für Sped und Schmalz

Eine amtliche Mitteilung.

Berlin, 3. Juli.

Ausgehend von dem entschlossenen Willen, die fiskalpolitische Lage der bäuerlichen Produktionsverhältnisse zu gestalten und damit den wichtigsten Faktor des auch für die Industrie unentbehrlichen und entscheidenden Binnenmarktes wieder zu sichern, hat die Reichsregierung als ersten Schritt die sofortige Aufhebung der Zwischensätze für Sped und Schmalz beschlossen, die fernerzeit unter ganz anderen Verhältnissen geschlossen waren.

Ein Eingreifen gerade bei diesen Erzeugnissen ergäbe insbesondere deshalb erforderlich, weil die Einfuhr von Sped und Schmalz in letzter Zeit stark anstieg und dadurch die Bewertung der deutschen Schweinebestände immer mehr beeinträchtigt wurde. Urgendwichtige Versorgungsschwierigkeiten werden nicht eintreten, da die deutsche Landwirtschaft jederzeit den deutschen Bedarf zu tragbaren Preisen decken kann. Für Sped und Schmalz gelten nunmehr während der Dauer des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages die in diesem Vertrag festgelegten Zollsätze.

## Ein Aufruf des Kyffhäuserbundes

Hindenburgs Gruß an den Reichstrieretag.

Dortmund, 3. Juli.

Der Vorstand des Deutschen Reichstriererbundes, „Kyffhäuser“, erklärt einen Aufruf, in dem es heißt: Der Gesamt-vorstand des Deutschen Reichstriererbundes, „Kyffhäuser“, richtet im Namen seiner drei Millionen Mitglieder an alle die deutsch denken und vaterländisch fühlen, den Appell, für immer enger im Bekenntnis zum Deutschtum zusammenzuschließen.

Wie war es notwendig, es heute, das heißt der Jugend sich wieder hinreichend in das heilige Erbgut der Vorfahren, Jeder Nation Schicksal ruft in der eigener Kraft. Darum müssen wir abdrücken vom Materialismus wir müssen niederstürzen die Fesseln der Volkseitel.

Der 4. Deutsche Reichstrieretag, fernab von jeder Politik nach außen und nach innen, will ein leuchtendes Bekenntnis zum Vaterlande sein. Ueber Parteien und Weltanschauungen hinweg soll eingestimmt sein in den Herz aller Deutschen das Wort des Reichstrierers vom Stein

„Mein Vaterland aber heißt Deutschland!“

Der Reichspräsident hat an den Vorstand des Kyffhäuserbundes zum Reichstrieretag folgenden Gruß gerichtet:

Den zum vierten Reichstrieretag in Dortmund versammelten Kameraden vom Deutschen Reichstriererbund, „Kyffhäuser“, sende ich auf diesem Wege meine herzlichsten Grüße und den Ausdruck tiefster kameradschaftlichen Gebetes. Möge der Geist der Kameradschaft und Vaterlandsliebe, der die Reiben des Kyffhäuserbundes stets befeuert hat, auch in dieser schweren Zeit über alle Trennende hinweg dem Kyffhäuserbund den Weg weisen zum Wohle und Segen unseres geliebten Vaterlandes!

## „Freue dem Heimatland“

Der Jahneid der Reichswehr.

München, 3. Juli.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt unter der Ueberschrift „Reichswehr und Heimat“ u. a.: Nachdem im Jahre 1923 die 7. bayerische Division auf Bayern beredigt worden war, wurde 1924 zwischen dem Reich und Bayern ein Vertrag abgeschlossen.

Wohin in dem Jahneid der bayerischen Truppen die Verpflichtung anerkannt auf die Reichserziehung auch auf das „Heimatland“ erhaltend war.

Jahrelang hatte man sich hieran gehalten. Bei den diesmaligen Frühjahrsverordnungen ist aber der Passus „Heimatland“ plötzlich fortgeblieben, angeblich auf Anweisung des Reichswehrministeriums. Groener hat seinerzeit auf Vorstellungen des bayerischen Ministerpräsidenten erklärt, daß ihm der Vorrat unbekannt sei. Jetzt wird unterführt, wie dieser Befehl auf Unterlassung der Formel zustande gekommen ist. Das genannte Blatt bemerkt dazu: Solche Dinge sind mehr als peinlich. Sie sind zwar keine Kardinalpunkte der Politik, aber immerhin die Nachweise, die einer Beilegung der bestehenden Verimmung gegen das Reich stetig und sicher entgegenwirken.

Wie hierzu aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, ist die Darstellung der „Bayerischen Staatszeitung“ unzureichend. Tatsache ist, daß 1924 zwischen Beauftragten der Reichsregierung und der bayerischen Regierung vereinbart wurde, daß die Formel des Jahneides dahin geändert werden sollte: „Ich schwöre Freue der Reichserziehung und der Verfassung meines Heimatlandes.“ Die Vereinbarung, zu deren Durchführung auch Verhandlungen mit den übrigen Ländern nötig waren, ist aber niemals verwirklicht worden, weil sich gewisse Schwierigkeiten ergaben. Es ist stets die alte Eidesformel beibehalten worden, und der auf das „Heimatland“ bezügliche Zusatz ist auch in Bayern noch niemals zur Anwendung gelangt. Die bayerische Regierung hat lediglich in diesem Frühjahr noch einmal an die Vereinbarung von 1924 erinnert.

## „Polnisches Geesek“

Die Unzertrennbarkeit der Westgebiete.

Polen beabsichtigt, ein „Geesek“ in Ödningen zu veranlassen, das im Hinblick auf die vorausgesetzliche Teilnahme des polnischen Staatspräsidenten Moljot auf den 31. Juli d. J. vorkommen werden ist.

In einer Meldung der amtlichen Iskraagentur wird mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß es der gegenwärtige Zeitpunkt erforderlich mache, den einseitigen und entschiedenen Abbruchwillen der polnischen Öffentlichkeit

keit hinsichtlich der Unzertrennbarkeit der polnischen Westgebiete zum Ausdruck zu bringen, und „die einzigen Rechte Polens auf das Meer als Garantie der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Polens“ hart zu unterstreichen.

Die polnische See- und Kolonialliga als Beratungskammer will das jetzt groß aufziehen. Das polnische Eisenbahntierium hat bereits eine Fahrpreiserhöhung für die Teilnehmer bis zu 65 v. H. bewilligt.

## Danzig — ein polnischer Hafen

Auf Veranlassung des Westmarken-Bereins fand in Thorn eine Kundgebung gegen Danzig statt. Sämtliche Redner verlangten den Boykott Danzigs und forderten auf, nicht nach Danzig und Joppo zu reisen, sowie deutsche und besonders Danziger Waren nicht zu besitzen. Sollte nicht helfen, so würde Polen noch andere Mittel gegen den Danziger Zwang anwenden. Polen würde selbst zu einem Krieg entschlossen sein, wenn es sich um die Wahrung seiner Interessen — Danzig ist ein polnischer Hafen — handle und andere Mittel nicht helfen sollten.

## Deutsche Tageschau

Der Reichsbankausweis zum Halbjahreswechsel.

Die Bilanzierung der Reichsbank zum Halbjahreswechsel ist nach dem jetzt vorliegenden Ausweis für die letzte Juniwoche verhältnismäßig gering. Sie beträgt 891,2 Mill. gegen 509,2 Mill. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Wechselbestände haben sich um 231,8 Mill. und die Lombardbestände um 158,8 Mill. erhöht. Auf der anderen Seite liegt der Reichsbanknotenumlauf um 267,3 Mill. auf 3984,2 Mill., und der Umlauf an Rentenanscheinen um 14,3 Mill. auf 411,6 Mill. Daneben sind 130 Mill. Scheidemünzen neu in den Umlauf geflossen. Die gesamten Deckungsbedeuten sind um rund eine halbe Million angewachsen. Einem Rückgang der betragungs-fähigen Devisen um 8,3 Mill. stand ein Zuwachs an Gold um 8,8 Mill. gegenüber (Schluß). Das Deckungsverhältnis ist von 22,9 v. H. auf 24,1 v. H. gestiegen.

## Keine Wohlfeuertreibungen zwischen Zentrum und Staatspartei.

Das Reichs-Generalsekretariat der Deutschen Zentrumspartei teilt mit: „An der Morgenpresse wird von einer Entfremdung Zentrum- und Staatspartei gesprochen. Diese Mitteilung ist unklar. Mit der Staatspartei hat das Zentrum keinerlei Vereinbarungen getroffen. Die Zentrumspartei hat am 1. Juli ihren Reichswahl-vorstand bestimmt und der Öffentlichkeit mitgeteilt. Aus der Zusammenlegung des Reichswahlvorstandes ergibt die Öffentlichkeit, daß nur Mitglieder der Zentrumspartei auf der Reichsliste aufgeführt sind. Die Beschlüsse des Zentrums sind als endgültig anzusehen.“

## Zunahme der Wohlfahrtsdienstleistungen in den Landkreisen.

In den deutschen Landkreisen ist mit der Sanbtreibung mitteilt, die Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen auf 810 000 am 31. Mai 1932 gestiegen. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das eine Steigerung um nahezu 2 v. H., gegenüber dem Vorjahr um 136 v. H. Bemerkenswert ist die Lage in den Landkreisen fernerhin: Sie hat dabei, auch im Gegensatz zu früheren Jahren — noch der Mai 1931 brachte eine Abnahme der Wohlfahrtsdienstleistungen um 2 v. H. — in diesem Jahre trotz der Abzehrung die Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen auch auf dem Lande weiter zugenommen hat.

## Auslands-Rundschau

Schlagereien im Wiener Landtag.

Zu förmlichen Zwischenfällen kam es im Wiener Landtag. Auf einen Zwischenfall hin trümen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten aufeinander los. Es kam zu einem allgemeinen Hand-ank-lauf-Hand. Die Nationalsozialisten mußten sich zurückziehen. Erst nach einer geruamen Weile gelang es den betroffenen Elementen, die Streitenden zu trennen. Nach einer dreifachen Unterbrechung wurde die Sitzung wieder aufgenommen, verlief aber auch weiterhin stürmisch, da die Nationalsozialisten die Kundgebungen gegen den Präsidenten, der jüdischer Abstammung ist, fortsetzten.

## Erfolg Herriots in der Kammer.

Ministerpräsident Herriot nahm an der Kammeritzung in Paris teil, um die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur dringenden Beratung des Finanzprogramms zu erlangen, das vorher vom Ministerrat gebilligt worden war. Bei seinem Eintritt in den Sitzungssaal brachten die Radikalsozialisten und die Sozialisten förmliche Doanonen dar. Die Kammer stimmte sofort über den Antrag Herriots ab und beschloß mit großer Stimmmehrheit, die Beratung des Finanzprogramms bereits am Montag aufzunehmen.

# Jaadnach Menschen

RÖMAN VON HANNS HELMHOFF

(51. Fortsetzung.)

Sonsbrud blüde zu der Frau, die so freudig auf ihn eintrauf, auf suchte zusammen, lachte sie an und müßte sich halten, um vor Überdrehung nicht umzufallen.

„Sie — Sie — sind Sie nicht die Pfimsthaupelern Christa Collin?“

Die Dame lachte, wobei sie ihre perlenden Zähne zeigte: „Richtig! Sie kennen mich also auch schon?“

„Freudlich!“

„Bitte, heißen Sie ein. — Es ist mir sehr wertvoll, Sie getroffen zu haben. Meine Gesellschaft stellt eben einen großen Reiz aus dem Landtreiberleben her. Sie sind doch ein Landtreiber?“

„In Sonsbrud kritien sich die verschiedensten Gefühle: Freude — Neugierde — Traurigkeit — Scham.“

„Ich bin kein Landtreiber“, erwiderte er, „nur auf der Suche nach Arbeit.“

„Sie haben ein Fußkleid? Wenn ich richtig sah, gingen Sie ängstlich langsam und hinkten ein wenig.“

„Ich habe ein künstliches Bein.“

„Wie istredlich!“ Sie sah ihn mitleidig an. „Was sind Sie denn von Beruf, wenn ich fragen darf?“

„Ich nehme jede Arbeit an, die ich mir bietet“, erwiderte Sonsbrud, „zuletzt half ich bei der Landwirtschaft, indem ich einen Motorflug führte.“

„Sie kamen jetzt in ein Waldhau, an dessen Rande auf der Straße mehrere Autos standen. Eine Menge Menschen hatte sich angeammelt. Einige ishienden dem kommenden Wagen entgegen zu winkeln. Christa bemerkte:

„Mir sind hier am Ziel. Das heißt ich! Wenn Sie wünschen, laße ich Sie gern noch zur Stadt weiterfahren!“ Sie knippte ab. Sonsbrud bedankte sich.

„Mir haben hier Freizeitannehmungen zu machen“, fuhr Christa fort. „Eine Zigeunerzige und Wanderzige beim

Wochen im Walde. Halt mal! Für die erstere können wir Sie vielleicht gleich noch als Komparien gebrauchen.“

„Aber gewiß doch!“

Sie hatte angehalten und hielt jetzt aus. Freudig grüßte sam eine Gruppe von Schaulpielern auf sie zu. Man lachte Sonsbrud betrubend an. Christa lachte:

„Ich habe ihn auf der Landstraße aufgelesen“, sagte sie, „kürnen mit ihm nicht gebrauchen.“

„In diesem Augenblick kam der Regisseur dazu. Sonsbrud trat unwillkürlich einen Schritt zurück, als er ihn sah und erkannte: Löwenberg!“

„Ja — er war es! Zweifello! Arbeitete also jetzt mit Christa zusammen.“

„Der Mann kommt mit bekannt vor!“ sagte der Regisseur leise zu Christa, „ich weiß aber nicht, wo ich ihn hinstun soll. Vielleicht ist er schon einmal als Komparie tätig gewesen.“

Er fragte Sonsbrud, erleihe aber eine vernünftige Antwort von ihm.

„Löwenberg hatte Sonsbrud sehr schön in die Zigeunerhüte einfügen können. Der vernünftige Arbeitslose machte seine Sache gut.“

„Immer wieder lachte ihn der Regisseur an und begann sich. Er mußte diesen Menschen schon einmal gesehen haben! Sein gutes Verionengedächtnis ließ ihn doch noch nicht im Stich.“

„Vor allem kam ihm auch die Stimme bekannt vor. Er machte Christa darauf aufmerksam. Sie sah ihn groß an: „Die Stimme? Ja — die hat eine sonderbare Ähnlichkeit mit einer anderen, die ich auch einmal hörte.“

„Und das war —?“

„Das war, wenn ich nicht irre, Herr Sonsbrud.“ Löwenberg erstarrte impudite ihre Hand.

„Fräulein Christa — der Mann ist Sonsbrud!“ Sie hörte auf.

„Ausgeschlossen!“ sagte sie dann.

„Nein, wiejo?“ widersprach er. „Bitte, rechnen Sie ein-

mal nach. Vor drei Jahren ist er verurteilt worden. Drei Jahre hatte er abzuhängen. Er könnte also jetzt frei sein. Ferner: sein Fuß — Sie wissen doch —“

Christas Augen weiteten sich.

„Und er hat mich auch gleich erkannt!“ sagte sie.

„Das will nicht viel sagen“, erwiderte Löwenberg, „nach Bildern kennt Sie jetzt jeder Mensch. Aber ich zweifle ohnedies seinen Augenblick mehr —“

„Warum hat er sich denn aber nicht zu erkennen gegeben —“

„Er schämt sich!“ —

„Diese Worte schütteln ihn ins Herz. Er schämt sich — er, der einst reich, selbständig, ein angesehener Mann war! So heruntergekommen! Vom Schicksal ruiniert, kaum durch eigene Schuld.“

„Wanderte einlam, verlassen, von niemandem beachtet, ein Krüppel, auf der Landstraße.“

„Er tat ihr furchtbar leid. Der arme Mensch!“

„Stellen Sie bitte sofort fest, ob er sich wirklich ist“, bat Christa den Regisseur.“

„Gut“, sagte Löwenberg, „der ich schon wieder zum Gehen ansetzte. Legte ihm plötzlich die Hand auf die Schulter und sagte mit seinem gewinnenden Lächeln: „Warum spielen Sie Verstecken, Herr Doktor?“

Sonsbrud zude verblüfft zusammen. Das Weinen war ihm näher als das Lachen, indem er erwiderte:

„Herr Löwenberg — lassen Sie den vom Leben Ver-schmähten ruhig seines Weges gehen.“

„Sie sind es also — Kommen Sie mit mir zu Fräulein Collin.“ Sie möchte Sie sprechen!“

Nur zögernd folgte ihm Sonsbrud. . .

Christa tratte ihm beide Hände entgegen. „Sie Weirker“, sagte sie, „was kann ich für Sie tun?“

Sonsbrud beugte sich nieder und küßte ihre Hand. Sie küßte, wie ein heißer Tropfen in großer Stimmenerheit, die Wangen — er haben einen Roman geschrieben — wenn Sie wollest, ich — einen Verleger wüßten —?“

„Geben Sie mir bitte das Manuskript!“ sagte Christa. „Ich werde mich sofort darum bemühen.“ (Fortsetzung folgt.)



# Die Braune Post

Nationalsozialistische Sonntagszeitung  
Preis 20 Pfennig

erschaffen durch Richard Arnold, Buchhandl., Kemberg

## Deutschnationaler Wahlauftritt

Die Deutschnationalen Parteipartei veröffentlicht den folgenden Aufruf zur Wahl:

Der 31. Juli soll bedeuten, was mit dem 31. März begann, die endgültige Ausschaltung des alten Systems aus Staat und Verwaltung. Darüber hinaus wird dieser Wahlkampf ein Ideenkampf sein. Wer die Macht will, hat zu beweisen, daß er das Recht zu hat. Nur derjenige darf es wagen, die Führung des Staates zu übernehmen, der aus eigener Erfahrung, aus eigenem Erkenntnis um die Voraussetzungen staatlichen Wirklichkeits und künftigen Lebens weiß.

Das Ziel des 31. Juli ist die Erreichung der absoluten Mehrheit für die nationale Opposition. Das Ziel des 31. Juli ist eine starke und einflußreiche Deutschnationalen Parteipartei innerhalb dieser Mehrheit. Nur dadurch kann sich die Deutschnationalen Bewegung bei der Neugestaltung des deutschen Volkes durchsetzen. Der Augenblick ist da, in dem sich entscheidet, wie Deutschland in Zukunft regiert werden soll. Sozial ist, wer Arbeit schafft. Wirkliche Sozialpolitik ist nur gegen den Sozialismus zu machen. Nur die Wiederherstellung der finanziellen Lebensfähigkeit aller Wirtschaftszweige, beginnend mit der Landwirtschaft, kann zu wirklicher dauernder Befriedung der Bevölkerung und damit zur Befreiung der Arbeitsschicht und der Finanzkraft der öffentlichen Hand führen. Ein starker Wirtschaftsaufschwung ist notwendig, auf den die Befreiung der Wirtschaft folgt. Die Wirtschaft, der beste Schutz gegen übertriebene Konkurrenz und Trübsalungen, gegen die Vorherrschaft einer falschen Gewerkschaftspolitik und gegen die Abhängigkeit vom internationalen Weltkapital. Die Wiederherstellung des Persönlichkeitswertes in der Wirtschaft und ihrer vollen Verantwortung ist die Befreiung gegen Kapitalismus. Die Bestimmungen, wie sie einer sozialisierten Wirtschaft eigen sind, Deutsche Kultur und christliche Religion sind die Grundlagen des Volkslebens. Wir verlangen den Schutz der christlichen Kirchen durch Unterdrückung der Gottlosenbewegung, wir verlangen aber auch von den Kirchen, daß sie sich zum nationalen Staat bekennen und für ihn kämpfen. In der Volkshilfe muß der heutige Kampf der „gleichzeitigen Hilfe für alle“ der Zukunft übergeben werden. Jedem je seiner Veranlagung entsprechende Bildung! Demgemäß verlangen wir den Abbau des überpannten Berechtigungsnetzes. Die Schulen müssen auf christlicher Grundlage stehen. weltliche Schulen sind abzulehnen.

Die deutschnationalen Staatsidee lehnt die zentralistischen Bestrebungen des bisherigen Systems ab. Sie will den Staat auf diejenige Aufgabe beschränken, die ureigente Angelegenheit des Staates sind. Ein harter Ausbau der Selbstverwaltung löst die hodenfährlichen Kräfte des Landes zur Mitarbeit heranziehen. Die Rechte des Beamtenwesens müssen gegen Willkür gehindert, seine Reihen von ungeeigneten Elementen geäubert werden, die ihre Stellung dem Parteibüro verankern. Dem übertriebenen Parlamentarismus, dem wir weihen, stellen wir die Verantwortung des Volkes hin. Echte Führung ist begründet auf der Verantwortlichkeit, die nicht auf die Gefährten abgelagert werden kann. Das republikanische Staatssystem hat in Deutschland vollkommen verlagert. Zur deutschnationalen Staatsidee gehört die Erdmordart.

Es ist eine harte Regierung, die sich auf förmliche lebensfähige Kräfte des deutschen Volkes stützt, und die selbstverständlichste Aufgabe des Staates ist, die vollständige und bedingungslose Streichung der Tribute die Beteiligung der Kriegsschuldigen und die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft erkämpfen und die endgültige Befreiung des deutschen Volkes von den Fesseln von Versailles erreichen.

Nicht Reden und Wandemonstrationen, sondern nur Taten, nur Sachkenntnis getragene Arbeit und der beste Wille einander wird Deutschland aus dem jetzigen Tiefstand mporführen.

Ueber einem, so erlarkten Deutschen Reich werden die Farben schwarz-weiß-rot wieder Heimatrecht haben.

Der Wahlkampf ruft das deutsche Volk auf, sich zu bekennen. Zerplitterung ist ein Verbrechen. Alle Deutschen, die nicht losläßlich denken, wählen deutschnational!

## Aufruf des Evangl. Bundes

Das Präsidium des Evangelischen Bundes erläßt einen Aufruf zu den Reichstagswahlen, in dem es u. a. heißt:

„In Auflehnung gegen die Zersplitterung des deutschen Volkes ist eine nationale Bewegung von solcher Kraft und Stärke entstanden, daß sie nicht länger von der Gestaltung des deutschen Schicksals ausgeschlossen werden kann. In Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes fordern wir, daß jede zukünftige Regierung diesen Tatsachen entscheidend Rechnung trägt. Wir erwarten, daß bei der Zukunftsgestaltung unseres Reiches die christliche Religion als der für seine Innenentwicklung bedeutsamste Faktor anerkannt und gewürdigt werde. Wir wünschen, daß insbesondere dem aus der Reformation heraus geborenen deutschen protestantischen Denken und Wollen der ihm gebührende Raum gegeben werde. Wir verlangen, daß der evangelischen Kirche das Maß von Recht und Freiheit, das sie auf Grund ihrer Geschichte und um ihrer Sendung willen zu beanspruchen hat, unverletzt zuteil werde. Wir halten es für erforderlich, alle Kräfte dahin zu richten, daß die auf das Zusammengehen mit den politischen Vertretern der marxistischen Revolution, des Freidenkertums und Alkoholismus sich gründende Herrschaft des Zentrums endgültig gebrochen werde. Wir stehen in einer Schlüsselstunde und -wende. Es kommt alles darauf an, der verhängnisvollen schwarzroten Koalition, die die Geschichte unseres Volkes und Vaterlandes 14 Jahre hindurch bestimmt hat, ein Ende zu bereiten. Jeder evangelische Christ hat bei seiner Wahlentscheidung dieses Ziel vor allem im Auge zu behalten. Eine Enthaltung in dieser Stunde muß ausschließen sein. Deutsche protestantische Wähler, erfüllt in diesem Geiste eure Pflicht!“

## Aufruf der Eisernen Front

Die Reichsparteiung der Eisernen Front veröffentlicht einen Aufruf, der sich u. a. klar gegen eine Nachergreifung der Nationalsozialisten wendet und befragt, der 31. Juli sei „ein Schicksalsjahr im Freiheitskampf des deutschen Volkes“. Die „Männer und Frauen des deutschen Volkes“ werden zum Schluß aufgefordert, sich „um das Freiheitsbanner der Eisernen Front“ zu heften und deren Symbol, die drei Hähne, anzulegen.

## Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 4. Juli 1932

\* Kennzeichen für gefährliche Radfahrer. Die gefährlichen oder schwerhörigen Radfahrer sind den Gefahren der Straße in weit höherem Maße ausgesetzt, als andere Verkehrsteilnehmer. Sie dürfen die gelbe Armbinde mit den drei schwarzen Punkten tragen, aber diese Binde hat sich für Radfahrer nicht so gut bewährt, wie für die Fußgänger. Die Daltung der Arme beim Gefallen der Verknüpfung bringt in den meisten Fällen die Armbinde aus dem Verkehr des Radfahrers folgenden Fahrzeuglenker. Auf Wunsch der Vereine tauschnummer der Fahrer des Bund Deutscher Radfahrer ein dreifarbiges Schild gefasst, das auf gelbem Grunde die drei schwarzen Punkte zeigt. Dieses Schild wird am hinteren Rahmen des Fahrradrahmens angebracht und kann von keinem. Dem Radfahrer werden vom Bund Deutscher Radfahrer in Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19, auch an Platzmangel zum Selbstkostenpreis abgegeben.

\* Gleichzeitig mit unserer Landesmannschaft reiste auch der Kirchenchor St. Pauli und der Jugendverein St. Pauli aus Dessau in Kemberg's Mauer. Wir glauben daher, daß es auch diesen Vätern in Kemberg gefallen hat; von ihnen erfolgte auch eine Besichtigung des Städtischen Museums, das Anerkennung fand. Mit einem Liebesgruß dankte der Kirchenchor dem Verwalter Schirmer.

\* Wir machen auch an dieser Stelle auf die morgen Dienstag abend im Blauen Saal stattfindende Mittelstandsversammlung der NSDAP, aufmerksam. Interessenten sei der Besuch sehr zu empfehlen.

\* Am Sonntag verstarb der Veteran Wilhelm Roder. Er war Kriegsteilnehmer an den Feldzügen von 1866 und 1870/71.

\* Am gestrigen Sonntag veranstaltete die hiesige Schützengilde das diesjährige Abschießen. Bester Schütze des ganzen Jahres wurde Kamerad Otto Schulze mit 501 Ringen. Er erhält dafür die Schießsurm und den Wanderpreis. Sonntagabend wurde mit 58 Ringen H. Gwald Ballmann, die Ehrenpreise erhielt sich Oblt. H. Müller.

\* Bad Schmiedeberg. Um den ausgefahrenen Boden des Bürgermeisters haben sich 217 Verwerter gemeldet.

— Die Bewirtschaftung der Schönen Aussicht wurde dem bisherigen Pächter Kleinen zum Preis von 5000,— RM pro Jahr übertragen. Für die neugebaute Wasserleitung sind außerdem pro Jahr 300,— RM für Verzinsung und Amortisation zu zahlen. Innenreparaturen gehen zu Lasten des Pächters, höchstens 14 Jahre.

## Die Bekämpfung der Kinderlähmung.

Nach einer Mitteilung des Kreisarztes des Stadtkreises Magdeburg besteht kein Grund zu der Befürchtung, daß die epidemische Kinderlähmung sich in Magdeburg weiter ausbreiten werde, und es bestehe daher vorläufig auch

kein Anlaß zu besonderen Maßnahmen

in Magdeburg. Es besteht auch keine dringende Gefahr des Uebergriffens der Epidemie von Diersfelden, wo die Krankheit besonders heftig ausbrach, nach Magdeburg, wenn es auch trotz der in Uetersen beobachteten sanitätspolizeilichen Maßnahmen nicht ausgeschlossen sei, daß eine oder die andere Ansteckung durch gesunde Zwischenträger eingeschleppt werde.

Die Kinderlähmung ist eine sogenannte Ansteckkrankheit, bei der nur geringe Kinder erkranken, die eine besonders heftige Ansteckung haben. Der Ausschlag dieser Kinder ist nur ein geringer im Gegensatz zu der Verhältnissen beispielsweise bei Scharlach oder Diphtherie.

Halle. In Wörmlich erkrankt beim Baden in der Saale ein des Schwimmschwimmers unfähiger 14jähriger Schüler aus Halle. Er wurde später von einem Passanten gefischt und ins Ufer gebracht. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg.

Halle. Ein Motorradrad fuhr beim Anlassen des Motors dem Fahrer davon und tauchte in das große Schaufenster eines Brillengeschäftes. Passanten, die in der Nähe standen, konnten noch rechtzeitig zur Seite springen. Nur mit Mühe konnte man das Fahrzeug wieder aus dem Schaufenster herausbringen.

Menge befreit einen Sektieren.

Magdeburg. Am Freitagabend wurden in der Jakobstraße zwei Schaufensterbeiben in Buttergeschäften eingeschlagen. Zwei Polizeibeamte ergriffen den Täter und wollten ihn zur Wache bringen. An der Blauen Wehrstraße wurde der Polizeikommande den Polizeibeamten von einer großen Menschenmenge entziffen. Die Beamten angegriffen und zu Boden gestossen. Der Täter konnte entkommen. Zwei Stunden später wurde in der Jakobstraße ein Mann festgenommen, der in dem dringenden Verdacht der Täterschaft steht. Er hatte Verletzungen an Hand und Arm und wies Blutspuren auf. Einige der Personen, die den Festgenommenen vorher befreit hatten, sind erkannt worden. Wegen ihr wird Strafamtung wegen Verleumdung gegen die Staatsgewalt und Gefangenenbefreiung erlassen werden.

## Zwischenkredit für Junkers

Dessau. Die Verhandlungen der Gläubigervertreter des Junkers-Konzerns mit der Firma Henkel wurden in Berlin fortgesetzt. Wie bekannt, wurde dabei auch die Frage eines Zwischenkreditbeschlusses angesprochen. Das Junkerskonzern hat größere Aufträge, namentlich aus dem Ausland, zu deren Ausführung ein Ueberbrückungskredit notwendig ist.

Vater von keinem Schützen erschossen.  
Veslyß G. Gommern. Der Seilmayer Nuthmann hat auf dem Felde einen Revolver ausprobiert und die geladene Waffe in die Tasche gesteckt. Im Gasthaus griff sein vierjähriges Söhnchen in die Tasche des Vaters und zog, während dieser sich mit anderen Gästen unterhielt, die Waffe unbemerkt heraus. Das Kind hantierte damit. Plötzlich löste sich ein Schuß, der den Vater traf. Dieser wurde sofort nach Magdeburg ins Krankenhaus geschafft, wo er bald darauf gestorben ist.

Der Erpresser drohte mit dem Strick.

Schönebeck-Ver Calzemen. Vor dem Schöffengericht hatte sich der landwirtschaftliche Arbeiter Nowack aus Bommelte zu verantworten. Er hatte an dem Mollereibehrer Marx in Bommelte einen erpresserischen Drohbrief

geschrieben. Marx sollte an einer bestimmten Stelle 500 Mark hinterlegen, sonst „wird die Gelbe geschwommen sein, nicht lange“, so stand in dem Brief. Als der Angeklagte an der bezeichneten Stelle erschien, wurde er dem Landjäger festgenommen. Das Gericht berücksichtigte bei der Strafzumessung, daß der bisher unbefristete Angeklagte wahrscheinlich durch schlechte Lektüre zu der Tat angetrieben worden war, beurteilte ihn an Stelle einer Zuchthausstrafe zu einem Jahr Gefängnis und stellte außerdem den erwähnten Straftat für einen Teil der Strafe in Aussicht.

Von einem Nechod ins Wasser gestossen.

Blau. Am morgentlichen Untergang wurde ein Angler von einem Nechod, der durch die Gelbe geschwommen kam, angefallen und ins Wasser gestossen. Mit Mühe rettete sich der Mann, der nicht schwimmen konnte, aus dem Wasser.

Calzemen. Der frühere Gemeindevorsteher Graf aus Andorf wurde wegen Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Bei einer Revision waren finanzielle Verhältnisse in Höhe von rund 5000 zumungunsten des Kreises festgestellt worden, worauf der Gemeindevorsteher sofort suspendiert und in Anklagezustand gesetzt worden war. Er konnte vor Gericht angehen. Die Feststellungen ergaben, daß er nur mangelhafte und nachlässige Aufzeichnungen über die Kassen- und Umsätze gemacht und die Kreisfiskusverhältnisse als einmündigen überhaupt nicht beachtet, sondern in seiner eigenen Wirtschaft verbraucht hatte.

Freiwilliger Arbeitsdienst in Anhalt.

Das Anhaltische Staatsministerium hat eine Bekanntmachung über den freiwilligen Arbeitsdienst erlassen, die den ersten Schritt zur praktischen Verwirklichung des freiwilligen Arbeitsdienstes bedeutet. Danach wird in Kürze eine Stamm- und Lehrabteilung in Stärke von 250 Mann aufgestellt, um zunächst das nötige Aufwuchs- und Verwaltungspersonal auszubilden. Es kommen in Frage Reichsgenossen im Alter von 19—32 Jahren. Bevorzugt werden die militärisch und technisch ausgebildet sind. Für die dreimonatige Ausbildungszeit werden freie Verpflegung und Unterkunft, freie Weiterbildung und ein lässliches Taschengeld gewährt.

Keine öffentliche Verlesungsfest in Anhalt.

Dessau. Das Anhaltische Staatsministerium hat bestimmt, daß öffentliche Feiern von Staatsbehörden und Schulen an Verlesungstage nicht stattfinden. Eine Verlesung von staatlichen oder kommunalen Geldmitteln für solche Feiern ist unzulässig.

Dessau. In der Sitzung des Anhaltischen Landtages am Freitag erklärte Staatsminister Dr. Knorr, daß die Verpflegung der Anhaltischen Salzwärker an die Preußische die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt habe. In diesem Jahre erbrachte sie nur 380 000 Mark, denen Ausgaben von 280 000 Mark gegenüberstünden, so daß sich ein farglicher Reingewinn für den anhaltischen Staat ergab.

Kriminalbeamte erschließen einen Einbrecher.

Halle. Am Freitagabend kurz vor Sechshundertschlaf wurde ein Raubüberfall auf die Filiale Postamtsstraße an der Kirchstraße verübt. Dabei wurde einer der Väter von einem Kriminalbeamten durch einen Schuß getötet. Die Kriminalpolizei hatte in Erfahrung gebracht, daß für Freitag abend auf die Filiale Postamtsstraße ein Raubüberfall geplant war. Sie trat sofort alle Vorkehrungsmaßnahmen, und als die Räuber im Laden erschienen, wurden sie von einem Kriminalbeamten bereits erwartet. Der Beamte handelte mit einem der Männer ins Handgemenge, wobei dieser einen Schmelzrevolver auf den Beamten anlegte. Unnötig machte der Beamte von der Schußwaffe Gebrauch. Durch einen abgegebenen Schuß wurde ein Kriminalassistent im Sandgemenge durch Streifschuß am rechten Arm verletzt. Durch einen zweiten Schuß des Kriminalbeamten wurde einer der Väter getötet. Bei dem Erschossenen handelt es sich um den 25-jährigen Erich Wehde aus Halle. Wehde war der Polizei bereits seit mehreren Jahren bekannt und ein gefährlicher Verbrecher. In seinen Taschen wurde Einbrecherwerkzeug vorgefunden. Von den beiden Mittätern, die unerkannt entkommen, hat man noch keine Spur.

Wittberg. Die Verwaltung der J. G. Farben-Industrie hat in ihrem Park ein Planschbassin für Kinder geschaffen, zu dessen Einweihung durch Generaldirektor Dr. Viktor Humbert von Rindern mit ihren Mitteln erlarkten waren.

Globig (Kr. Wittenberg). In der Kiesgrube errant beim Baden die ledige Martha Heiler. Die Ersttunkende wurde im Wasser von Krämpfen befallen.

Die Stempelarte berichtet ihn.

Gohennöfen. Bei einem Landwirt in Tauscha waren zur Nachtzeit Diebe eingedrungen, von denen einer seine Stempelarte verloren hatte. So hatte man die Personaldaten des einen, der dann seine sämtlichen Komplizen bericht.

Ramin (Kr. Deltitz). Der Blitz schlug beim Gutbesitzer Kubner in die Scheune und zündete. Die Scheune und ein angrenzender Schuppen brannten nieder. Große Mengen Heu und Stroh sowie fast alle Maschinen und Geräte wurden zerstört.

Cunzsch (Kr. Wittenberg). Als ein Berliner Personauto ein Motorrad mit Beiwagen überholen wollte, streifte es das Motorrad, das gegen einen Pfeiler gestoßen wurde. Fahrer und Beifahrer starben, schwer verletzt die etwa fünf Meter tiefe Wühlung des Kanals hinab, wo sie benutzlos im Wasser liegen blieben. Zwei Einwohner, die den Unfall bemerkt hatten, zogen die beiden Schwerverletzten aus dem Wasser und retteten sie vor dem Tode des Ertrinkens.

Eilenburg. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden der bereits einmal verurteilte Gelehrteführer Kurt Wiemeg und der Eisenbahnarbeiter M. D. b. u. s., beide aus Eilenburg, vom Reichsgericht zu 1 Jahr 3 Monaten bzw. 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Sie hatten in Eilenburg die Zeitsungsschrift „Die rote Front“ verbreitet.

Der Verleertrag war nicht befristet.

Tergau. Zu seinem großen Erlaunen erhielt ein Landwirt von einer Firma ein Paket mit Verleertrag. Da er eine Bestellung nicht aufgegeben hatte, ließ er die Sendung zurückgeben. Dabei stellte sich heraus, daß ein in



Eilenburg wohnender Vertreter der Firma den Befehlsgen gefälligst hätte, um die Provision zu erhalten. Er wurde vom Sorauer Schöffengericht wegen seiner Produktionsbefähigung in Saxein mit Betrag zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, doch wurde ihm bei Zahlung einer Geldbuße eine dreijährige Strafaussetzung zugesprochen.

### Städte und ziviler Luftschutz

Doch heute ein ziviler Luftschutz notwendig ist, darüber besteht wohl bei keinem Deutschen — welcher Partei er auch angehört — kein Zweifel mehr. Die Vorbereitung eines Erfolgreich verlaufenden Luftschutzes der Zivilbevölkerung ist eine wichtige Reichsaufgabe, an der aber auch die kommunalen Behörden mitwirken müssen. Die Brodruß-Direktoren sind in diesen Tagen der Schaulauf der ersten Übungen, die die Möglichkeit eines zivilen Luftschutzes in weitem Rahmen feststellen sollten. In der Presse ist hierüber eingehend berichtet worden. Es ist klar, daß etwas Vollkommenes noch nicht gesetzt werden konnte, doch wird erst in der Anfangsphase der Arbeit stehen, eine brauchbare Luftschutzorganisation zu schaffen. Die Dittpreußen-Übungen sollten neben der Schulung der Bevölkerung in erster Linie wichtige und notwendige Grundlagen für die planmäßige Weiterarbeit erbringen.

Die Anlage der Übungen war so gestaltet, daß man sich stets im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsprinzips hielt. Ob es nun einen wirksamen zivilen Luftschutz? Darf man annehmen, daß ein Luftschutz, wie er in diesem Rahmen organisiert war, sich lebensfähig und zweckvoll erweist? Ein quater Kenner der Luftschutzfragen befaßt sich in eingehender Weise in der „Wost. Ztg.“ mit diesem Problem. Er bejaht diese Frage mit einer gewissen Einschränkung. Die erste Einschränkung, so bemerkt er, ist die, daß ein d 11 g e r Schutz nach allgemeiner Ansicht — auch in anderen Ländern — unmöglich ist. Die Wirksamkeit wird naturgemäß weiter beschränkt durch das Fehlen eigener militärischer Luftstreitkräfte, die auch vom Antriebspunkt aus als einer der wichtigsten Schutzfaktoren angesehen werden müssen. Immer aber bleibt ein gewisser Grad von Wirksamkeit beim glatten Funktionieren des vorgezeichneten Schutzsystems anzunehmen. Das ist die Behauptung der vollen Ausnutzung der Gefahren zu einer schmerzlosen Katastrophe. Gelingt nur diese Behauptung, so hat der zivile Luftschutz eine wichtige, ja entscheidende Wirkung ausgeübt.

Die Organisation eines zivilen Luftschutzes muß reingelassen arbeiten — oder sie ist nutzlos. Das vielstündige, in allen seinen Teilen aufeinander abgestimmte System muß von langer Hand vorbereitet, in allen Einzelheiten durchgeführt und von Millionen getragen werden, die ihre speziellen Funktionen genauestens beherrschen und jederzeit im Gesamtplan selbständige Einschlüsse zu treffen wissen. Ausübung des einzelnen im Kleinen, Erziehung der Führer zum tagelangen Handeln im Rahmen des Ganzen, ist auch auf diesem Gebiet ebenso dringend und wichtig wie auf irgendeinem anderen der Landesverteidigung. Um diese Förderung gründlicher, systematischer Arbeit bis zum letzten Mann herunter, kommt auch der zivile Luftschutz nicht herum, wenn er seine Aufgaben erfüllen soll. Die technisch-materielle Seite des zivilen Luftschutzes steht nach in ersten An-

hängen. Ein größeres Interesse aller technischen Kreise mit dem Luftschutzproblem könnte bei der Vorrangstellung der zivilen Technik Ergebnisse erwarten lassen, die denen in anderen Staaten überlegen sind. Die Aufführung der breiten Massen über ihr Verhalten ist notwendig. Die Übungen haben dem Interesse an solchen Fragen einen gewissen Auftrieb gegeben. Es beharrt planmäßiger Arbeit, um die zwar einfachen aber zuverlässigen Kenntnisse bis an den letzten Volksgenossen heranzubringen.

### An der Heimat halte fest.

Der gefrige Sonntag brachte uns den Besuch der ehemaligen Kemberger, die ihren Wohnsitz in Leipzig genommen haben. Im langgestreckten Autos wurde die Fahrt in Leipzig angetreten und glatt bis zur ersten Haltestelle, dem Fortshaus Oppin, durchgeführt. Hier auf häßlichem Gebiet wurde eine größere Kasse eingelegt, die die Kinder der Großstadt in herrlichen Wald mit vollen Zügen genossen. Im Einhalten des Reiseplanes traten die Heimatfahrer um 11 Uhr vor unserm alten Rathaus ein, bereits von den Angehörigen, die in großer Zahl erschienen waren erwartet. Die städtischen Körperbehörden haben es sich nicht nehmen lassen, die Gäste zu begrüßen und erfreulicherweise hat der Kantorei-Männer-Verein sich wieder in den Dienst der guten Sache gestellt. Und so erlebten die ehemaligen Kemberger aus Sängern und der erste Gruß entgegen. Darauf nahm Bürgermeister Gerber das Wort zur Begrüßung. Er führte aus:

#### Liebe Landsleute!

Wenn Gäste unsere Stadt besuchen, ist es Aufgabe des amtierenden Bürgermeisters, sie willkommen zu heißen. Es gibt aber wohl kaum eine Gelegenheit, zu der ich mich dieser Aufgabe so gern unterziehe, wie es heute der Fall ist. Denn heute sind es ja nicht Fremde, die zu uns kommen, sondern Kinder unserer Stadt, die zu einem kurzen Besuch hierher zurückkehren.

Freude herrscht heute in Kembergs Mauern, so wie Freude herrscht im Kreise einer Familie, wenn der Sohn oder die Tochter in die Fremde gezogen waren und nun zu einer trauten Familienfeier nach Haus zurückgekehrt sind. Als auf der Fahrt hierher unsere gründernde Gede Sie wieder aufnahmen, als unter freundlichen Fortshaus Oppin Sie zu einer gemütlichen Nacht einladet, da wird wohl in jedem von Ihnen das beglückende Bewußtsein immer stärker geworden sein: Heimat!

Ihre Herzen werden höher geschlagen haben, als Sie dann in die Straßen der Stadt einbogen, das stolze Wahrzeichen, unseren tagelangen Fortshaus wiedersehen, sowie die vertrauten Straßen und Häuser. Und nun sehen Sie wieder auf unserm schönen Marktplatz, vor unserm Rathaus mit unserm dreißigjährigen Gesicht.

Wenn Sie auch in schwerer, trüber Zeit Ihre Reise hierher unternommen haben, so soll doch heute von der

Schwere der Zeit einmal nicht gesprochen werden. Der heutige Tag soll ein Tag reiner Freude sein, an dem Sie sich loslösen sollen von dem grauen Einerlei, den Mühen und Sorgen des Alltags! „Hier sind die harten Wurzeln Deiner Kraft!“ Der Besuch vertrauter Erinnerungsorte, das Zurückkehren an glückliche Erlebnisse, das Zusammensein mit alten guten Freunden, all das möge Ihnen Stunden innerer Sammlung und Erbauung bereiten, damit Sie neue seelische Kräfte gewinnen, die wir alle für die uns noch bevorstehende Zeit dringend brauchen.

Uniere Sängere haben Sie mit Heimatliebenden begrüßt und damit der herzlichen Freude der Bürgerlichkeit über Ihren Besuch Ausdruck gegeben. Ich brauche dem nicht mehr viel hinzuzufügen und möchte nur die Bitte an Sie richten: Lassen Sie diesen Besuch nicht den letzten sein, sondern gestalten Sie diese Besuche zu einer festen, jährlich wiederkehrenden Einrichtung, die sich allmählich dann zu einem richtigen kleinen Heimatfest entwickeln könnte! So ruhe ich Ihnen denn im Namen der Stadt und der Bürgerlichkeit für heute und immer zu ein herzlich Willkommen!

Nach dieser Begrüßung führte Landmann Hans Schumann etwa folgendes aus: Im Namen der Kemberger Landmannschaft und des 1. Vorsitzenden danke ich allen für den herzlichen Empfang. Besonders Herrn Bürgermeister Gerber für die freundlichen Worte und dem Kantorei-Männer-Verein für alle freuen uns, daß wir wieder einmal in Kembergs Mauern sein können, um alte liebe Erinnerungen aufzufrischen. Unter Verprechen aus dem vorigen Jahre haben wir gehalten. Wir sind wieder gekommen. Wenn es auch der Wettergott nicht so gut meinte und der Sonnenhahn fehlt, so ist er doch in den Herzen der Heimatfahrer vorhanden. Bei allen Mitfahrern leuchteten die Augen auf, als uns die ersten Häuser Kembergs grüßten, der schmale Turm sichtbar wurde, ein richtiges Zeichen dafür, daß die Liebe zur Heimat noch nicht erloschen ist. Mit der Einladung zur Teilnahme an den Nachmittagsveranstaltungen beendete er seine Ausführungen. Mit einem Ged des Gesamtvereins fand die Begrüßungsfeier ihr Ende. Die kurzen Nachmittagsstunden benutzten die Heimatfahrer zum Besuch der Angehörigen, während der Nachmittag alle in Manis vereinte. Alle waren von dem Verlauf des Tages voll begeistert, lobend in gebobener Stimmung die Heimatfahrt angedeutet werden konnte. Lange wird die Erinnerung an diesen Tag in den Herzen unserer Leipziger Landsleute weiterleben. Wir aber ruhen ihnen zu: Bleibt Eure Heimat treu, werbt für Eure Heimatstadt und Auf Wiedersehen im nächsten Jahr.

Das Geheimnis ihrer Liebe — Vereins-Namen — Seine erste Frau — Fern von den Menschen — Die Frau des Landarztes — u. a. spannende Erlebnisse bringt die oben erwähnte Zeit-Nummer der bekannten „Wahren Weltanschauung“ (Verlag Dr. Seltz-Götsche 2.4.4., Berlin S.O. 16). Das reich illustrierte Heft ist für 50 Pf. überall zu haben.

**Preisgezeichnete Steuerberatung**

und wirtschaftliche Rechtsbelehrung

bieten die

**Wirtschaftlichen Kurzbrieft.**

41000 KAUFLEUTE

bedienen sich der „WK“ als eines unentbehrlichen Helfers! Dringlich Fachmänner sind die ständigen Mitarbeiter! Schnell und zuverlässig behandeln die „WK“ Steuerwesen, Arbeitsrecht, soziale Versicherungen, Geld, Bank, Börsen, aktuelle Wirtschaftsfragen usw. Monatlicher Bezugspreis 2,65 RM. Verlangen Sie Probenbonnement!

**RUDOLF LORENTZ VERLAG**

Charlottenburg 9  
Kaiserdamm 38

**Gutschein!**

An den Rudolf LORENTZ Verlag  
Charlottenburg 9.

Gegen Einsendung dieses Gutscheins erhalten Sie eine Zeitschrift „WK“ gratis gesandt!

**Prima Hammelfleisch**

empfiehlt

**Heinrich Schneider**

Ständig durchgeprüftes irisches

**Hammelfleisch**

empfiehlt

**Otto Harnisch**

Morgen Dienstag  
von vormittags 1/10 Uhr an

**ff. Speckfuchen**

Bäckerei Berndt

Mittwoch vormittag  
von 9 Uhr an

**Speckfuchen**

Bäckerei Herrmann

**Dienstag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr**

pricht im Hotel „Blauer Scht“ der Gaufachberater für Mittelstandfragen

**Pg. Dr. Bethge, Merseburg**

über

**„Mittelstand u. Nationalsozialismus“**

Um zahlreichen Besuch dieser Veranmlung wird gebeten, da die Einstellung der NSDAP. zum Mittelstand, Handwerker und Gewerbetreibenden klar gestellt wird.

**NSDAP., Ortsgruppe Kemberg.**

**41. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie**

Ziehung unwiderruflich am 23. August

Vorzügliche Gewinnchancen

Losse zu 3. — RM zu beziehen durch

Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße und Markt.

Empfehle heute eintreffend

**Büchlinge**

ger. Schellfisch  
Lachsheringe

Richard Tempelhof, Tel. 256

Eine neuentdeckte

**Färse**

mit Kalb

verkauft Richard Teller

Eine

**Wohnung**

3 Stuben und Küche, für sofort zu vermieten.

Inhalterstraße 36

**Zigarettenpapier**

empfiehlt Richard Arnold

**Zahn-Atelier**

**Fr. Genzel**

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

**Krieger- u. Landwehr-Berein**

Zur Beerdigung des Kam Wilhelm Röder tritt der Verein am Dienstag nachmittag 1/3 Uhr am Vereinslokal „Café Ferner“ an. Beteiligung Ehrenpflicht

**Der Vorstand**

**Krieger-Berein**

Morgen Dienstag, abds 1/9 Uhr im Palmbaum

**Bersammlung**

Um zahlreichen Erscheinen bittet

**Der Vorstand.**

**Gewerbe-Berein**

Wir geben allen Mitgliedern bekannt daß wir zu der Mittelstands-Veranmlung der NSDAP. (siehe Inserat) besonders eingeladen sind. Allen Mitgliedern, die Interesse an dem Vortrag haben, ist der Besuch zu empfehlen.

**Der Vorstand**

Sonnabend früh verschied unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Urgrößvater

der Auszügler

**Wilhelm Röder**

im 88. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetruht an

Familie Walter und Angehörige.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Schmiedeberger Straße aus statt.

Statt Karten.

Herzlichen Dank allen denen, die den Sarg unseres lieben teuren Entschlafenen des Schmiedes

**August Müller**

so reich mit Kränzen schmückten und ihm die letzte Ehre erwiesen. Besonderen Dank auch Herrn Pfarrer Langbein für die trostreichen Worte.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Adressat 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsförderung Streif und ersichtlicher Anpreis auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises. / 26. August 1876



Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. — M., das Tealend, zusätzlich (Polgebühren) / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 78 Dienstag, den 5. Juli 1932 34. Jahrg

Der Invalide Wilhelm Werner in Kemberg beabsichtigt, außerhalb der im Zusammenhang gebauten Stadt Kemberg, und zwar in der Gemarkung Vitzdorf an dem Wege, der von dem von Kemberg nach Vitzdorf führenden Wege abzweigt und nach Rotta führt, auf dem Grundstück Kartensfeld 2, Parzelle Nr. 50, ein Wohnhaus zu errichten und hat die nach § 13 des Gesetzes vom 10. August 1907 erforderliche

## Anfiedlungsgenehmigung

beantragt. / Drei Anträge bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß hiergegen von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Vächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Anstufungsfrist von 21 Tagen beim Kreisamtsleiter in Wittenberg Einspruch erhoben werden kann. / Der Einspruch ist durch Tatsachen zu begründen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Anfiedlung den Schatz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Verb- oder Fortentwicklung, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde. / Kemberg, den 2. Juli 1932.

Der Magistrat.

## Macdonalds Vermittlung

Eine Ansprache mit der deutschen Delegation. / Zwischen dem Reichsanwalt von Papen, dem Reichsfinanzminister und Staatssekretär von Bülow einerseits, den englischen Ministern andererseits und auf Grund Macdonalds eine längere Unterredung statt, die in freimütiger Ausprache den Stand der gegenwärtigen Beziehungen be- handelte. / In englischen Kreisen soll die Erkenntnis im Wachen sein, daß die von Frankreich gewinnlose gemeinsame Regelung der interalliierten Schulden und der deutschen Tribut- zahlung wenig zweckmäßig sei, da hierdurch die ameri- kanische Regierung gezwungen sein würde, den Zusammen- hang zwischen den Tributen und den interalliierten Kriegs- schulden anzugreifen. Jedoch hat die amerikanische Re- gierung bekanntlich bisher einen jeden dahingehenden Zu- sammenhang auf das schärfste abgelehnt. / Von zutunfähiger deutscher Seite wird erneut ausdrück- lich betont, daß keinerlei Angebote von Deutschland an die Gläubigerstaaten ergangen seien, und daß nur auf der Grundlage einer vollständigen und sofortigen Streidung aller deutschen Tributen eine Weiterführung der Verhand- lungen möglich sei.

## Zehn vier Milliarden

Die Verhandlungen über den gemeinsamen Plan der Gläubigerstaaten, die mit einer Mittagsunterredung den ganzen Tag ohne Teilnahme Deutschlands anhielten, be- wegen sich jetzt in der Richtung. / daß der Reichsregierung der Vorschlag einer Abschul- dung in einer Höhe von vier Milliarden bei einem Tilgungsbeginn nach fünf Jahren gemacht worden ist. / Aber die Höhe und die Bedingungen dieser Abschul- dung werden die Beziehungen zwischen den Gläubiger- mächten und den Gläubigerstaaten noch nicht zulaufen gelassen, da die außerordentlich schwierige Frage der Ein- ziehung Amerikas in eine endgültige Regelung bisher noch auf große Schwierigkeiten stößt. Auf diesem Gebiet sind von englischer Seite mehrere Vermittlungsversuche den fran- zösischen Ministern gemacht worden, deren endgültige For- mulierung bisher noch immer nicht vorgenommen werden konnte. / Die grundsätzliche Frage bleibt vorläufig noch weiter stehen, ob eine Regelung der Tributfrage innerhalb der europäischen Mächte vorgenommen werden soll, oder ob nach den französischen Wünschen jede Lösung der Tributfrage an die Regelung der interalliierten Schuldenfrage gebunden bleibt. Im diese Aerafrage dreher sich jetzt die gesamten Verhandlungen. / Abrüstungsausprache vorläufig eingestellt / Genf, 2. Juli. / Die Abrüstungsbepredungen zwischen den Abord- nungen der großen und kleinen Mächte, die in den letzten Tagen in beschränktem Umfang wieder aufgenommen worden waren, sind jetzt gänzlich eingestellt worden, da sie, wie von gutachterlicher Seite verurteilt, namentlich zwischen Ame- rikanern, Engländern und Franzosen zu keiner Einigung geführt haben. / Klarheit oder Kompromiß? / Das gefährliche Angebot. — Die gefährlichere Forderung. / Kaufmann, 3. Juli. / Daß eine Forderung auf Abschuldung, wie sie jetzt von dem „Büro“ der Reparationskonferenz aufgestellt wor- den ist, auf dieser Konferenz in Kaufmann überhaupt gestellt

werden würde, das hätte man allerdings zu Beginn der Konferenz nicht erachtet. Wohl wußte man, daß einer Einigung, daß einer endgültigen Streidung aller Reparationen große Schwierigkeiten entgegenstünden, aber man war sich klar, daß Deutschland nicht mehr zahlen könne, und in diesem Bedanken ging man zu dieser Konferenz. Und nun wurde verhandelt. Es wurden freundliche Bepredungen geführt. Es sollte eine freundliche Stimmung geschaffen werden. Jeder wollte mit einem Erfolg nach Hause kommen. Aber der Erfolg zeigte sich nicht. Die Gegenparte verlangte ein deutsches Einigenkommen. Man sprach von einer kleinen Rest- zahlung, und so ließ sich die deutsche Delegation verweisen, ein Angebot zu machen, das voller Gefahren war. Re- parationen wollte man nicht mehr zahlen, aber man erklärte sich bereit, einen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu zahlen, falls die Diskrimination des Versailler Vertrages in Wegfall kämen. Unschlüssig interpretiert wurden diese Diskriminationen mit dem Hinweis auf die Kriegsschuldfrage und auf die Frage der Wehrhoheit. / Aber wir anerkennen keine Kriegsschuld, und wir haben den Kampf gegen die Kriegsschuld geführt, aber dieser Kampf kann nicht für uns in einem guten Ende durch eine Schul- zahlung geführt werden. Dieser Kampf ist ein moralischer Kampf und hat mit finanziellen Leistungen nicht das ge- ringste zu tun. Wir würden nicht eine Mark für die Befreiung der Kriegsschuldfrage opfern, denn wir können doch die Kriegsschuldfrage ansetzen früheren Gegnern nicht ab- kaufen. Und die Frage der Wehrhoheit gehört ebenfalls auf ein anderes Gebiet, nämlich auf das Gebiet der Gleichberech- tigung, für die auf der Genfer Abrüstungskonferenz gekämpft wird. / Die Gefährlichkeit des Angebots aber lag darin, daß nun aus der bedingten Bereitwilligkeit Deutschlands, eine Schuldzahlung für den Wiederaufbau Europas zu leisten, Frankreich eine bedingte Zahlungspflicht Deutschlands for- mulierte und auf diesem Wege neue Forderungen erhob. / In dieser Situation traten auch die Engländer auf die französische Seite, denn auch sie wollten ja im eigenen Interesse schließlich mit einem Erfolg von der Konferenz heimgehen. / Das ist die Entwicklung der Dinge, die nicht übersehen werden darf, wenn jetzt über Klauseln, Ziffern und Formeln gesprochen wird, wenn jetzt der Plan einer Schuldzahlung in Höhe von vier bis sieben Milliarden Mark erörtert werden soll. Herrit ist aufs ganze eingegangen. Er hat seine Situation geschickt abgemerkt. Die deutsche Delegation sieht jetzt vor der schicksalsschweren Frage, ob sie den Forderungen nachgeben wird, oder ob sie sich zu einem Nein ent- schießt. Dann ist die Konferenz gescheitert, und dann wäre es besser gewesen, diese Konferenz hätte überhaupt nicht stattgefunden. / Der neueste Tributplan / Nach der Rückkehr herrits aus Paris fand eine ge- meinsame, streng vertrauliche Beratung statt, an der außer herrit und Macdonald auch Grandi, ferner der englische und französische Finanzminister, der englische Handelsmi- nister Runciman und der frühere Finanzminister Bonnet teilnahmen. Die Bepredungen wurden später in eine ge- meinsame Erklärung gefaßt, die die deutsche Delegation

fründige Einigung erzielt ist, der deutschen Abordnung offiziell vorgelegt werden. Eine offizielle Sitzung des Büros der Konferenz mit Teilnahme der Vertreter Deutschlands soll erst stattfinden, sobald sich die deutsche Abordnung zu der Abgabe einer Erklärung über deren Standpunkt zu dem Vorschlag bereit erklärt.

## Eine Riesenfinanztransaktion

England konvertiert seine Kriegsanleihe. / Der Schatzkanzler Neville Chamberlain gab im Unter- hause den großen Konvertierungsplan für die fünfprozentige englische Kriegsanleihe bekannt, von der annähernd zwei Milliarden Pfund Sterling (etwa 30 Milliarden Mark) ausstehen. Chamberlain erklärte, die Regierung werde die Anleihe am 1. Dezember 1932 wieder zurückzahlen, der sich von heute in drei Monaten einschleife, den Antrag auf Zu- rückzahlung zu stellen. Alle Anträge müßten bis zum 30. September gestellt sein. / Die Beizher der Anleihe würden jedoch zu gleicher Zeit aufgefordert, die Anleihe zu anderen Bedingungen neu zu zeichnen, und die Regierung hoffe, daß die große Masse der Anleihehalter sich der Aufforderung, die Anleihe weiter zu zeichnen, folgen werde. Das Schatzamt werde in Ueber- einimmung mit den Antikündigungen des Propriets den fälligen Teil der Anleihe am 1. Dezember 1932 zurückzah- len. Die wichtigsten Änderungen sind folgende: Die Zin- sen werden vom 1. Dezember 1932 ab 3% v. N. betragen; weiter wird die Regierung die Anleihe jederzeit nach dem 1. Dezember 1932 zurückzahlbar machen, und ferner wird der Kupon in „3%-prozentige Kriegsanleihe“ umgewandelt. Die Zinsen werden nach wie vor ohne Einkommensteuer- abzug gezahlt werden. Es ist dies die größte Finanztran- saktion, die bisher je in der Welt vorgenommen worden ist.

## Reichsgericht gegen Severing

Recht Strafenat billigt „Vorwärts“-Verbot. / In der Angelegenheit des vom Reichsinnenminister Freiherrn von Geyl geforderten Verbots des „Vorwärts“ hat der vierte Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Binger folgenden Beschluß gefaßt: / „Das Verbot wird für zulässig erklärt. Der Senat ist der Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel ge- eignet sind, den Reichsständen und die Reichsregie- rung einschüchtern zu machen, indem sie auch lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält, zumal in der heftigen Zeit, einen wirk- samen Schuß dieser Interessen für unbedingt erfor- derlich.“ / Ueber die Frage eines Verbots der „Königlichen Volks- zeitung“ ist noch nicht verhandelt worden.

## Börsenbundesversammlung

Aufforderung der Türkei zum Eintritt in den Börsenbund. / Nach einer geheimen Sitzung des 19er Ausschusses trat die außerordentliche Börsenbundesversammlung zur Schlich- tung des japanisch-chinesischen Streites unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Hymans zu einer Sitzung zusammen. Deutschland ist durch den Landboten von Weiz- sacker vertreten. Die Beratsamung beschloß, noch die fran- zösische Regierung zum Eintritt in den Börsenbund aufzu- fordern.

## Parlamentsarbeiten

Zahlreiche Ausschüsse tagen in dieser Woche. / Berlin, 3. Juli. / In dieser Woche sehen in Preußen die parlamenta- rischen Arbeiten wieder in verstärktem Umfang ein. / Der Hauptausschuß / hat einen umfangreichen Beratungsstoff zu bewältigen. U. a. liegen ihm Anträge vor auf Amtsenthebung der beim Aufzug der Stagerat-Wache die Aufsicht führenden Poli- zeibeamten, über das Betreten akademischen Bodens durch die Polizei, auf die Durchführung der Reichsnoterordnun- gen in Preußen, über den Ausstieg des preußischen Haus- halts durch Maßnahmen, die die letzte Notverordnung ent- behrlich machen, sowie über zahlreiche andere Anträge zum Steuer- und Polizeiwesen. / Der Ausschuß für die Landwirtschaft / wird Anträge auf Aufstellung eines Erste-Finanzierungs- programm und vieler anderer Vorhaben zugunsten einzel- ner Zweige der Landwirtschaft beraten. / Im Ausschuß für Beamtenfragen / ist eine Ansprache über den nationalsozialistischen Antrag zur Frage der Zugehörigkeit von Beamten zu politischen Parteien zu erwarten. / Der Handelsausschuß / beschäftigt sich am gleichen Tage mit Bergwerbsanträgen und trifft damit die Vorbereitungen für die Tagesordnung der Volltagung des Landtags, die am Mittwoch um 13 Uhr beginnt. In dieser Sitzung stehen zahlreiche Anträge über Rohstoffarbeiten, Arbeiterentlohnungen und Betriebsstill- legungen in den verarbeitenden preußischen Bergwerksbe-



Der Vorbild der Gläubigerstaaten soll, sobald eine voll-